

Ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus: „Zentrum Schöneweide“ wird neuer Partner der Initiative „Handeln statt wegsehen“

Pressemitteilung

Ressorts Lokales/Inland/Politik/Rechtsextremismus

Berlin, den 15.12.2014

Die Initiative *Handeln statt wegsehen* hat mit dem Einkaufscenter *Zentrum Schöneweide* eine Kooperation vereinbart. Ab sofort enthalten die Mietverträge des Centers Klauseln, die die Nutzung der Räume für rassistische, antisemitische und rechtsextreme Zwecke untersagen. Auch der Verkauf von Produkten, Modemarken oder Accessoires, die die Öffentlichkeit mit einem Bezug zur rechtsextremen Szene wahrnimmt, ist damit ausgeschlossen. Dies gaben Centermanager Stefan Kollar und Nils Busch-Petersen vom Handelsverband Berlin-Brandenburg heute bekannt. Diese Zusammenarbeit haben die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, und der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Oliver Igel, initiiert. Bereits im Jahr 2013 hatten zwei der größten Berliner Wohnungsbaugesellschaften degewo und STADT UND LAND eine Kooperationsvereinbarung mit dem „Berliner Beirat für Schöneweide“ unterzeichnet und spezielle Klauseln gegen rechtsextreme Mieter in ihre Gewerbemietverträge aufgenommen.

Im Anschluss an die Pressekonferenz wurden kostenlose Stoffbeutel mit dem Slogan „Rassismus kommt nicht in die Tüte“ und Informationsmaterial zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Zentrum Schöneweide verteilt.

Anschließend brachten Vertreter der Initiative und das Management des *Zentrum Schöneweide* gemeinsam mit der Senatorin Dilek Kolat (SPD) das Kampagnenschild mit dem Kodex gegen Diskriminierung im Eingangsbereich des Zentrums an.

Senatorin Dilek Kolat sagte zur Aktion: „Ich bin sehr froh, dass es in Berlin sehr viele Menschen und ihre Initiativen gibt, die für Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Gewalt Position beziehen. Die Initiative ‚Handeln statt Wegsehen‘ setzt sich eindrucksvoll mit Menschenverachtung im innerbetrieblichen Rahmen und der öffentlichen Positionierung auch außerhalb des Betriebs auseinander. Das ist Engagement für unsere Gesellschaft mit Vorbildcharakter. Ich wünsche mir von den Bürgerinnen und Bürgern im Privaten wie am Arbeitsplatz Zivilcourage und den Mut, jenen Grenzen zu setzen, die andere Menschen nicht achten.“

Oliver Igel erklärt: „Der Rechtsextremismus in Schöneweide ist in der Defensive. Damit das so bleibt, müssen langfristige und verbindliche Kooperationen geschaffen werden. Ich denke, die Partnerschaft zwischen Centermanagement und der Kampagne ‚Handeln statt wegsehen‘ ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

Nils Busch-Petersen macht deutlich: „Der Handel verbindet Menschen, Völker und Kontinente. Für Intoleranz und Rassismus ist hier kein Platz.“

Centermanager Stefan Kollar sagt klar: „Das gesamte Zentrum Schöneweide, vertreten durch die BNP Paribas Real Estate GmbH, setzt sich für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus ein und möchte das

auch deutlich machen. Ich freue mich, dass es Menschen und Kampagnen wie diese gibt, die demokratisches Engagement stärken.“

Ermöglicht hat die aktuelle Kooperation der „Berliner Beirat für Schöneweide“, der sich seit 2013 für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk einsetzt. Der Berliner Ortsteil Schöneweide hat seit einigen Jahren ein deutliches Potential für organisierte Rechtsextreme. Jahrelang bildeten von Rechtsextremen betriebene oder frequentierte Gewerberäume wichtige Szene-Treffpunkte.

Im Jahr 2008 haben sich der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V., der ver.di-Bezirk Berlin und der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) zusammengeschlossen, um sich mit „Handeln statt Wegsehen“ im beruflichen Alltag gegen Diskriminierung zu positionieren. Unter dem Motto „Handel[n] verbindet“ startete dann im Frühsommer 2013 eine zusätzliche Kampagne mit dem Ziel, auch für den Einzelhandel Möglichkeiten der öffentlichen Positionierung zu schaffen.

Für Rückfragen steht Ihnen Yves Müller vom Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) zur Verfügung:

E-Mail yves.mueller@offensiv91.de | Telefon 030/ 65 48 72 93 | Mobil 0176/ 89 26 34 67